

Wir verlieren die „kritische“ Generation erst dann wirklich, wenn wir uns völlig ihren Vorstellungen und Erwartungen ausliefern – aber damit hätten wir am Ende auch die Republik verloren.

Kurt Sonthheimer

Die sogenannten Jugendunruhen

Die gegenwärtig durchs Land flottierenden Jugendunruhen sind während der letzten Monate viel kommentiert worden. Psychologen und Sozialwissenschaftler haben sich um Deutungen bemüht. Die Medien haben aus unterschiedlichsten Blickwinkel die jeweiligen Ereignisse vor Ort ihren Sehern, Hörern und Lesern bis in einzelne Stimmungsdetails zur Kenntnis gebracht. Politiker haben wiederholt jenseits der üblichen parteipolitischen Polemik nachdenkliche Reden gehalten. Der Deutsche Bundestag hat sich gleich zweimal, zunächst in der *rechtspolitischen Debatte* vom 19. März, zuletzt anlässlich der *Einsetzung der einstweiligen letzten Enquete-Kommission* zu eben diesem Thema, damit beschäftigt. Fast jeden Tag konnte man auf irgendwelche Äußerungen oder Überlegungen über das Verhältnis der jungen Menschen zum Rechtsstaat stoßen, wobei, je nach Richtung und Befürchtungsart, die einen mit deutscher Gründlichkeit die Gefährdung rechtsstaatlicher Handlungsgrundsätze durch massives Vorgehen von Polizei und Haftrichter gebrandmarkt, die anderen mit geradezu perfektionierter Ängstlichkeit die Gefahren für den Rechtsstaat an die Wand gemalt haben. Die Kommentierung der Nürnberger Ereignisse durch die „Zeit“ und die „FAZ“ mit ihrer jeweils extrem gegensätzlichen Aufmerksamkeit war fast schon diplomierungsreif.

Nicht gelungen ist bisher trotz teils eiliger, teils fleißiger Kommissionsarbeiten – die eingesetzte Enquete-Kommission wird ja noch Gründlicheres leisten – ein plausibler diagnostischer, geschweige denn prognostischer *Durchblick durch Umfeld, Ursachen und mögliche Wirkungen* der gegenwärtigen Protestszene. Und die Ratschläge, die zur Behebung des Übels, insoweit es ein solches ist, gegeben werden, scheinen oft mehr Probleme, Unbehagenszustände und Ängste der Erwachsenen widerzuspiegeln als die tatsächliche Problemlage revoltierender, randalierender oder auch nur protestierender Jugendlicher. Was die neue Protestbewegung für die junge Generation insgesamt bedeutet, welches ihre eigentlichen Motive sind, was an bewußten und unbewußten Triebkräften hinter ihr – und zwar nicht nur bei Jugendlichen – zu fin-

den ist und selbst bezüglich der Frage, wieweit es sich nur um eine mehr oder weniger tagesbezogene Aufwallung oder doch um Symptome eines langfristig wirksamen Umbruchs handelt, tappen die Interpreten bisher so ziemlich im Dunkeln.

Szenarien und Motive

Daß das so ist, verwundert nicht. Denn schon die Szenarien der neuen Protestbewegung sind nicht leicht zu überblicken. Die *Hausbesetzerszene* ist nur eine von mehreren. Sie ist zwar ganz überwiegend von jungen Leuten bestimmt, und zwar im Gegensatz zu den Studentenunruhen Ende der sechziger Jahre von wesentlich Jüngeren, von Studenten der unteren Semester, von beruflich noch nicht integrierten Jugendlichen, von Schülern ab 18 und darunter.

Die *Motive* sind schon in diesem relativ schmalen Teil des Gesamtspektrums alles andere als klar. Sie reichen mit Gewißheit vom einfachen Mitmachen über das bewußte Engagement, weil Jugendliche der Überzeugung sind, sich im Protest gegen Wohnraumnot und Wohnraumentfremdung „für eine gute Sache“ einzusetzen, bis zu den gewiß kleinen, aber keineswegs isolierten Gruppen von Gelegenheitsrandalierern und von solchen Angehörigen politisch radikaler Gruppen, die eine vage, aber ihrer Natur nach zu latenten Gewaltausbrüchen neigenden Proteststimmung für ihre Zwecke ausnutzen wollen. Das zeigte nicht zuletzt der einstweiligen einzige Hausbesetzerkongreß Ende März in Münster.

Aber *allein auf Aktionen von Jugendlichen beschränkt ist selbst die Hausbesetzerszene nicht*. Schon hier überschneiden sich verschiedene Strömungen, Absichten, Interessen. Es sind Jugendliche, die früh aus den Elternhäusern streben, weil ihnen die Lebensweise dort zu „fremdbestimmt“ oder einfach zu fade ist. Sie suchen „Selbsterwirklichung“ mit Gleichaltrigen, dafür brauchen sie genügend preiswerten Wohnraum. Sie stehen zugleich in Verbindung mit jüngeren Erwachsenen auf der Suche

nach alternativen Wohnungsformen. Leerstehende Häuser wirken in dieser Situation, unabhängig davon, ob die Wohnungsnot echt ist oder nur subjektiv als Not empfunden wird, besonders aufreizend. Das ermöglicht die Solidarisierung auch von nicht unmittelbar Betroffenen. Entsprechend leicht zünden in diesem Milieu Halbwüchsiger, das motivationsmäßig von einer breiten Schicht von Verfechtern alternativer Lebensformen mitgetragen wird, aggressive Stimmungen gegen Vertreter öffentlicher Ordnung und gegen alle – von den Eltern bis zum Gesetzgeber –, die ihrer Meinung nach kein Verständnis für alternative Lebensformen in subkulturellen Gruppen aufbringen und durch Gesetze und Verhalten den geforderten größeren Freiraum nicht gewähren.

Vorsichtig formuliert ist die Hausbesetzerszene in erster Linie der Spielraum einer locker agierenden, teils aggressiven Lobby, die so altersentsprechend und weil andere wirksame Durchsetzungsmittel gegenüber Macht, Verwaltung und Gesetzgebung für sie nicht mobilisierbar sind, im öffentlichen gewaltfreien oder auch zu Gewalt neigenden Protest ihre Form der Interessenvertretung wahrnimmt.

Aber damit verbunden ist die weitaus größere, wenn auch kaum weniger diffuse Bewegung der Anhänger alternativer Subkulturen, die sich keineswegs auf Jugendliche beschränkt. Kristallisationspunkt sind hier weniger jugendliche Arbeitslose, studentische Wohnungssuchende oder sich von den Elternhäusern ablösende Jugendliche, sondern Produkte einer späten Emanzipation in der Erwachsenenwelt: Frauengemeinschaften, deren Mitglieder aus sehr unterschiedlichen Verhältnissen und Lebenserfahrungen kommen, spielen hier eine Rolle. Aber auch viel einzelne beiderlei Geschlechts, die aus sozialer Isolierung im Privaten heraus wollen und neue Formen des Zusammenlebens erproben möchten und die keineswegs mehr nur aus studentischem Milieu kommen, gehören dazu. Wieweit diese alternative Szene reicht, wie zukunftsträchtig die gesuchten neuen Lebensformen – selbst unter der Voraussetzung verbesserter äußerer Bedingungen – sind, muß einstweilen offenbleiben; desgleichen die Frage, ob sich eine relativ verselbständigte, in ihren Initiativen und Einrichtungen autonome Jugendkultur wird durchsetzen können, ob der größere Teil Heranwachsender sich einer solchen Bewegung anschließen oder sich von ihr mitreißen lassen wird. Nicht zuletzt wäre auch zu fragen, ob eine solche autonome Jugendkultur allein schon wegen ihrer altersbedingten Formen in sich genügend Konsistenz schaffen kann.

Die öffentliche Aufmerksamkeit, die diese Bewegungen – unterstrichen durch begleitenden öffentlichen Protest – finden, ist sicher ein hilfreiches Vehikel der eigenen Beförderung. Aber es könnte z. B. im Falle einer länger anhaltenden wirtschaftlichen Rezession sehr bald wieder anders kommen. Denn wenn – zum Teil tatsächlich, zum Teil wenigstens der Proklamation nach – die Alternativbewegungen sich auch als Absage an die, wie sie sagen, unter Konsumzwang und Persönlichkeitsentfremdung setzende Wohlstandszivilisation verstehen, so ist doch

die Möglichkeit alternativer Bewegungen auch immer noch ein Stück weit an die Voraussetzungen dieser Zivilisation gebunden. Wenn man in Amerika jetzt infolge geschwundener Kaufkraft wieder von einem Rückzug junger Leute (selbst verheirateter) in die Elternhäuser spricht, dann könnte dem bei uns Ähnliches folgen. Auf der anderen Seite könnte die Knappheit öffentlicher und privater Mittel der Forderung nach mehr Billigwohnraum und damit auch der Förderung veränderter Formen des Wohnens und Zusammenlebens (von Einzelnen und Gruppen mit „sozialisierter“ Haushaltsführung) durchaus entgegenkommen. Insofern könnte sich doch von unten und von den Rändern her ein Kulturwandel der Formen des Zusammenlebens durchsetzen, der von größerer Dauer ist. Einstweilen ist hier jedermann auf Vermutungen angewiesen.

Sieht man aber die Verflechtung der gegenwärtigen Protestszenen mit den verschiedenen Alternativbewegungen, und zwar gerade über die Hausbesetzerszene als einen Brennpunkt auch dieser Bewegung, so bleibt zwar richtig, daß die – gemeinhin als Jugendunruhen apostrophierte – Protestszenarien ihren Schwerpunkt nicht nur optisch in der jungen Generation hat, daß diese sich aber keineswegs nur auf Vertreter dieser Generation beschränkt. Man kann also trotz des ausgeprägten „Jugendstils“ der Szenarien nur bedingt von Jugendprotest oder gar von Jugendbewegung sprechen.

Noch deutlicher wird das, wenn man beachtet, daß es nicht nur Querverbindungen dieser Szenarien zur Antikernkraftbewegung, zur Umweltschutzbewegung und zu den verschiedenen pazifistischen Formen der Antirüstungsbewegung gibt, sondern diese Szenarien teilweise vom gleichen Spielpersonal bevölkert werden.

Auch hier stellen Vertreter der jungen Generation – von den Militärdienstverweigerern bis zu den Brokdorfdemonstranten – die Hauptkontingente. Doch reichen diese Bewegungen noch sehr viel weiter über den Bereich Jugend hinaus, als dies an der Hausbesetzerszene und der sie begleitenden Demonstrationen erkennbar wird. Beide Bewegungen sind überdies im Wachsen, die pazifistische gegenwärtig sogar stärker als in deren Zuspitzung (und Verfestigung) die Antikernkraftbewegung. Es gibt genügend und zunehmend mehr Erwachsene, denen Kernkraft unheimlich ist, die die Steigerung der Verteidigungslasten angesichts des bereits verfügbaren Zerstörungspotentials nicht mehr mittragen wollen, denen unter dem Horizont atomarer Bedrohung Gleichgewichtsstrategien zwischen Ost und West nicht mehr einleuchten und die sich deswegen zu einseitiger Abrüstung und einem bedingungslosen Pazifismus bekennen.

Und es gibt auch zunehmend mehr Angehörige aus den älteren Generationen, die Zweifel an der Sinnhaftigkeit des herrschenden Lebensstils und seiner Sozialformen bekamen, die heutige Siedlungsform in ihren Folgen für das gesellschaftliche Miteinander für wenig menschlich halten, die der Kleinfamilie als Leitbild sozialer Erstintegration skeptisch gegenüberstehen, die durch Abhängig-

keitsbedingungen in technischen Großsystemen und die sich in ihnen zusammenballende wirtschaftliche, politische und militärische Macht irritiert sind.

Und es gibt schließlich auch genügend Erwachsene, die *hinter die Lebensbedingungen großtechnisch geprägter Kulturen überhaupt zurück wollen*. Da mischt sich vieles: die Ferne von politischen Entscheidungsprozessen, die fehlende Einsicht in die Funktionsbedeutung politischer Repräsentation, romantische Vorstellungen von der Veränderbarkeit und Ersetzbarkeit technischer, sozialer und politischer Zustände – bei Jugendlichen und Erwachsenen. Sieht man die vielerlei Überschneidungen zwischen den verschiedenen Bewegungen auch unter diesem Aspekt, so haben wir es mit weniger und zugleich mit mehr als einer Jugendbewegung zu tun. Ihre Breite und ihre Kraft schöpft diese Bewegung aus einer in ihrer Wirkung offenbar durchaus dynamischen Vermischung von Teilidentitäten und Mehrfachsolidarisierungen.

Schubkraft unterschätzt

Wenn überhaupt, so läßt sich nur von hier aus die *Frage nach der politischen bzw. gesellschaftlichen Reichweite der Bewegung* stellen. Allein das, was gemeinhin als Jugendunruhe oder Jugendbewegung gilt, im Auge zu behalten, könnte zu einer gefährlichen Täuschung in zweifacher Richtung führen.

Einmal könnte dadurch der *Generationenkonflikt künstlich größer gemacht* werden, als er ist. Er soll nicht unterschätzt werden. Der Bruch zwischen Heranwachsenden und der mittleren und älteren Generation ist beträchtlich. Viele Jungen denken, fühlen und leben, soweit sie die Möglichkeit dazu haben oder sie sich erkämpfen können, in sehr vielem anders. Aber man findet auch bei den Jungen beides: konventionelle Bürgerlichkeit aus nicht als Problem empfundener Anpassung und eine Haltung der Revolte, sei es mit der meist nicht mehr rational begründeten schlichten Ablehnung des Vorhandenen. Aber sie teilen mancherlei Unsicherheiten und Ängste mit den Erwachsenen, auch wenn sie sich bei ihnen radikaler oder sagen wir unbekümmerter und direkter äußern.

Auch eine *Gegenüberstellung gegensätzlicher Werthaltungen* führt hier nicht weiter. Es wird zutreffen, daß Zeitgenossen zwischen 40 und 70 noch stärker aus dem Ethos des Wiederaufbaus und der Begründung der bundesdeutschen Demokratie leben, als die 16- bis 25jährigen dies tun. Und sicher äußert sich das Unbehagen an einer vor allem vom Materiellen her gestalteten Kultur unmittelbarer und schärfer bei den Jüngeren, entwickeln sie eine drastischere und unmittelbarer wahrnehmbare demonstrative Empfindsamkeit gegen die Schattenseiten einer solchen Kultur, gegen mitmenschliche Defizite und ein erkaltendes soziales Klima. Aber diese Empfindungen gibt es unter Erwachsenen in ähnlicher Weise, auch wenn sie viele aus ihren Lebensverhältnissen heraus, wegen fremder oder selbstaufgelegter Zwänge nicht so

spontan artikulieren können. Es steht aber auch von den Jüngeren her gesehen nicht einfach Geist gegen Materie. Die Jungen reizen, natürlich, ohne sich voll darüber im klaren zu sein, die materiellen Lebensgrundlagen trotz relativem Konsumverzicht voll auf deren Belastbarkeit aus.

Zum andern könnte die *Schubkraft der Bewegung* auf diese Weise unterschätzt werden. Denn es kündigt sich seit langer Zeit eine *Umschichtung der sozialen Antriebskräfte* an, deren Ort beileibe auch nicht nur die Jugend ist. Das Gefühl einer aggressiveren Unsicherheit nimmt insgesamt zu. Nicht so sehr, weil eine dauerhafte Verschlechterung des materiellen Standards erwartet wird, sondern weil die gesellschaftliche Entwicklung insgesamt und als solche Unbehagen und Ängste schafft. Mehr und mehr Leute scheinen das gesellschaftliche Leben, so wie es ihnen begegnet und so wie sie ihm begegnen, nicht als den sinnhaft und einsichtig gestalteten Raum zu empfinden, in dem sich leben läßt, wo man sowohl den Strukturen wie den Menschen, die sie aufbauen und ausfüllen, vertrauen kann. Systeme, die vom einzelnen her wenig beeinflusbar sind, die in einem gewissen Selbstlauf funktionieren, von dem man nicht weiß, an welches Ziel er kommt oder wo er endet, sind wenig vertrauenerweckend, zumal wenn scheinbar oder wirklich unkalkulierbare Risiken damit verbunden sind. Viele empfinden die größer gewordene Anonymität als unerträglich und, wo diese durch Gesetz und Verwaltung auftritt, als freiheitszerstörend.

Es scheint so etwas wie einen *gesellschaftlichen Schwund an Vertrauen* zu geben, der *zwei Quellen* hat.

Einmal gelingt im öffentlichen Bewußtsein offenbar nicht eine solche *„Reduktion von Komplexität“*, die für den Einzelnen die Lebenszusammenhänge, gerade soweit sie sich in Großstrukturen abspielen, hinreichend verständlich macht. Davon ist mehr und mehr auch das auf Repräsentation beruhende demokratische Verfassungs- und Regierungssystem mitbetroffen. Man fühlt sich in ihm weder ausreichend vertreten noch präsent. Die demokratisch-repräsentativen Formen politisch-gesellschaftlicher Teilhabe befriedigen um so weniger, je weiter der eigene Erfahrungshorizont von der Erfahrung des Totalitären weg ist.

Das hängt zusammen mit der zweiten Quelle: Je „älter“ unsere Demokraten werden, um so unbekümmerter werden gewisse *Freiheitsansprüche*. Man lebt größtenteils – auch das trifft nicht nur auf junge Leute zu – bei aller Kritik an einer vergehenden Bürgerlichkeit noch ganz aus spätbürgerlichen oder spätsozialistischen Freiheitsidealen. Ihnen ist ein gleich extremer Individualismus gemeinsam. Die einen sehen den Sinn der Gesellschaft in der möglichst unbegrenzten Autonomie des einzelnen, die der Staat zu *garantieren* hat. Für die anderen ist das Ziel die *Herstellung* möglichst vollendeter Emanzipation durch den Staat. Reagiert wird um so empfindsamer, je stärker staatliche oder gesellschaftliche Strukturen auf die individuellen Freiheiten, die sie garantieren oder

schaffen sollen, drücken. Nur von hier aus, meine ich, erklärt sich psychologisch nicht nur eine ausgeprägte Neigung, zu Kleinstrukturen Zuflucht zu nehmen, die ja durchaus positiv zu bewerten ist, wo sich ohne extreme Verluste durch Dezentralisierung solche Kleinstrukturen schaffen lassen, sondern auch ein extremes Aussteigertum, das von der totalen Selbstbestimmung (= Aufhebung jeder Entfremdung) träumt.

Worauf es jetzt ankommt

Insofern gibt es auch *keinen Gegensatz der jetzigen Bewegung zu der vom Ende der sechziger Jahre*. Sondern diese wird in diffuseren, scheinbar unpolitischen, aber auch schlichteren und gerade deswegen auch radikaleren Formen fortgeschrieben. Die jetzige Situation ist diffuser, weil das Unbehagen, ob es sich in aggressivem Protest oder in mehr oder weniger entschiedenem Rückzug äußert, in verschiedenen Kanälen verzweigt und nicht mehr nur von einer Gruppierung mit einheitlichen Zielen oder auch ohne klar erkennbares Ziel dargestellt wird.

Der *Anspruch* ist schlichter geworden, insofern nicht so sehr das geltende Recht oder die bestehende politische Ordnung angegriffen, gewaltsam verändert oder durch eine neue, wenigstens in ihren ideologischen Zielen klar formulierte Ordnung ersetzt werden soll, sondern weil die Tendenz wächst, sich dieser Ordnung schlichtweg zu verweigern, durch Ignorieren, durch „Aussteigen“ oder einfach durch den Rückzug auf vermeintliche Selbstfindung oder Selbstverwirklichung. Dabei sind die Vorstellungen von Selbstfindung und Selbstverwirklichung gekennzeichnet von mehr oder weniger anarchistischen Vorstellungen individueller Unabhängigkeit und Freiheit, von einer Art erträumter Gesellschaftslosigkeit. Nach wie vor wird die Gesellschaft als Unterdrückungsmaschinerie, als Behinderin sinnvoller Freiheit und einer selbstgewählten Lebensqualität verstanden; dabei wird Gesellschaft nicht mehr wie zur Zeit der Studentenunruhen in erster Linie als politisches System attackiert, sondern als Summe organisierter Lebensverhältnisse, von denen man sich erdrückt fühlt. Die Verneinung, die Ablehnung, der Rückzug, der Ausstieg ist so vielfach radikaler, bedingungsloser. Freilich ist eine solche Bewegung rational weniger begründbar und von ihren Zielen her kaum definierbar, ist primär von Gefühlen, von Unbestimmtem getragen.

Aber auch so gesehen ist die Bewegung nicht neu. Auch die *Studentenunruhen* waren von ähnlichen Vorstellungen und Haltungen affiziert und hatten mit ihren revolutionären Zielen in einer höchst unrevolutionären Gesellschaft *in sich die Tendenz des Aussteigens*, sei es durch Gewalt, sei es durch Rückzug in erkämpfte Freiräume mit tendentiell anarchistischer Lebensweise. Noch stärker waren die begleitenden oder im Kielwasser der damaligen Unruhen erstandenen Subkulturen davon geprägt. War zum Beispiel so gesehen die Hippy-Bewegung nicht

eine Vorform industrie- und technikflüchtiger Alternativen!

Die Bewegung ist aber nicht nur nicht neu gegenüber jener der späten sechziger Jahre, sie ist im Vergleich dazu auch nicht einfach „unpolitisch“. Sie ist zwar in sich weniger fähig, konstruktive politische Ziele zu formulieren, sie dürfte aber in den politischen Wirkungen folgenreicher und deswegen schwieriger aufzuarbeiten sein. Sie erscheint politisch als folgenschwerer, weil die Entfremdung in die Breite und in die Tiefe gewachsen ist. Wer seinen subjektiven Standpunkt verabsolutiert oder die Gesamtgesellschaft nur aus seiner persönlichen Interessenlage oder subjektiv begrenzten Perspektive zu sehen bereit ist – die Zahl derer, die sich so verhalten, hat zugenommen –, ist kaum bereit, sich rational für ordnungspolitische Notwendigkeiten gewinnen zu lassen. Wer wenigstens subjektiv von der unbegrenzten Realisierbarkeit von Freiheit überzeugt ist oder sich in seinen Forderungen so verhält, wird sich schwer für Ordnungen gewinnen lassen, die in sich schon recht unüberschaubar sind. Die *Flucht ins Irrationale* ist nur eine zu natürliche Antwort darauf.

Am ehesten kann dem ohne Verlust des demokratischen Gleichgewichts noch gegengesteuert werden durch möglichst klare politische Vorgaben, durch Verdeutlichung dessen, was politisch sein muß, aber natürlich auch durch eine größere Flexibilität von Gesetzgebung und Verwaltung, wo praktische Lösungen möglich sind. Voraussetzung ist jedenfalls eine *klare Darstellung politischer Ziele und Inhalte*, ein Abbau auch an überflüssiger Konfrontation, wo solche der politischen Gegnerschaft wegen praktiziert wird, obwohl man sich sachlich einig ist. Das würde politische Ziele und Prozesse durchsichtiger und Politiker von ihrem Handeln, nicht nur von ihrem Verhalten her glaubwürdiger machen.

Auf jeden Fall reicht die *Beschränkung auf die Durchsetzung politischer Spielregeln* nicht mehr aus. Zumal gerade wegen der diffusen Art der Bewegung und der ausgeprägt irrationalen Motivation mittelfristig in ihr auch ein breiteres Gewaltpotential als zu Zeiten des RAF-Terrorismus heranwachsen könnte. Es bedarf hier schon, so schwer das ist, einer sauberen Auseinandersetzung über Grundlagen, Inhalte und Ziele politischen Handelns. Denn es zeigt sich nur zu deutlich, daß z.B. bei Antikernkraftkampagnen oder auch auf der Hausbesetzerzene Menschen staatsbürgerliche Spielregeln aufkündigen und ein „*Recht auf Notwehr*“ für sich reklamieren, wenn sie eine ihnen als ungerecht oder als gefährlich erscheinende Entwicklung ahnen.

Ganz falsch wäre es deshalb, angesichts des gegenwärtigen Aufbegehrens einfach zugunsten der *Schaffung weiterer „Freiräume“* zu argumentieren, zumal das, was sich gegenwärtig in verschiedenen Altersstufen und auf verschiedenen Protestszenen als eine Art affektiver Anarchismus als gefühlsmäßiger Ausdruck des vorhin beschriebenen spätbürgerlichen oder spätsozialistischen Freiheitsideals abzeichnet, aus der Vorstellung kommt, daß Freiheit als soziale Ressource unbegrenzt vermehrbar sei.

Der Gesetzgeber muß *im Sinne des Subsidiaritätsprinzips* in vielen Bereichen zu mehr Zurückhaltung ermuntert werden. Aber es ist auch an der Zeit, darauf hinzuweisen, daß es Freiheit nirgends ohne Bindung gibt, daß Freiheit und Bindung koextensiv sind und daß, wer gegen diese anthropologisch-ethische Grundkonstante handelt, gerade am Erkalten des sozialen Klimas mitwirkt, das er als Zerstörung von Menschlichkeit gerade kritisiert. Die unbegrenzte oder auch nur naiv-unvorsichtige Postulierung von Freiheitsräumen wäre übrigens ihrerseits nichts anderes als die Fortschreibung eines nicht nur gegen gewachsene, sondern auch notwendige gesellschaftliche Bindungen gerichteten Emanzipationspathos, wie es für die im Kielwasser der Unruhen der endsechzi-

ger Jahre großgewordenen kritisch-antiautoritären Pädagogik charakteristisch war.

Es geht also bei der Bewältigung der durchs Land gehenden Unruhe nicht nur, vielleicht nicht einmal in erster Linie um politische, sondern noch mehr um erzieherische Klarheit, wobei sicher auch die Generation der Erwachsenen einiges an Selbsterziehung nachzuholen hat. War der Bundeskanzler ganz im Unrecht, als er neulich meinte: „Die Klage über die permissive Gesellschaft sollte besser eine Klage über die Feigheit derer sein, die Verantwortung tragen“? Verantwortlich in diesem Sinne sind sicher Politiker, aber eben auch Eltern, Lehrer, Medienleute und alle, die pädagogisch und politisch Meinung machen.

D. A. Seeber

Vorgänge

Freimaurer – Kirche: nicht unvereinbar, aber Reibungen

Es war ein Zufall, doch traf es sich gut, daß wenige Wochen, nachdem die römische Glaubenskongregation in einer Erklärung die geltenden kirchenrechtlichen Bestimmungen bezüglich des Verbots der Mitgliedschaft von Katholiken in Freimaurerlogen bekräftigt hatte, die Rabanus-Maurus-Akademie in Zusammenarbeit mit der Loge „Zur Einigkeit“ in Frankfurt eine Tagung zum gleichen Thema durchführte. Die Frankfurter Veranstaltung vom 21. März war zwar weder einzigartig noch neu. In den vergangenen Jahren hatten sich bereits mehrere katholische Akademien, u. a. in Aachen und Trier, derselben Fragestellung angenommen. Auch kann man sich fragen, was solche Veranstaltungen über das übliche Maß an Information und Selbstdarstellung hinaus erbringen, ob eine wirklich dialogische Auseinandersetzung zwischen Kirche und Freimaurerei nicht in anderen Formen und stärker unter gleich Wissenden geführt werden müßte. Doch ermöglichten Zielrichtung und Zeitpunkt der Begegnung in der Frankfurter Kaiserstraße immerhin eine exaktere Information darüber, wie Rom gegenwärtig das Verhältnis zur Freimaurerei

rechtlich und inhaltlich sieht. Auch konnten einige Mißverständnisse, die sich die Glaubenskongregation zunächst selbst eingebrockt hatte, aufgeklärt werden.

Nach allem, was man inzwischen weiß – Prof. Reinhold Sebott SJ Frankfurt-St. Georgen / Rom hat in Frankfurt einiges Erhellende dazu ausgeführt –, ist die Erklärung der Glaubenskongregation vom 17. Februar (vgl. „Osservatore Romano“, 2./3. 3. 81) nicht so apodiktisch zu interpretieren, wie es der Wortlaut nahelegt.

Die Erklärung stellt, verkürzt gesagt, dreierlei fest: 1. Die kirchenrechtlichen Bestimmungen über das Verbot der Mitgliedschaft von Katholiken in Freimaurerlogen bleiben in Geltung. 2. Weder die Exkommunikation noch die anderen vorgesehenen Strafen sind aufgehoben. 3. Es war nie Absicht der Kongregation, es den Bischofskonferenzen zu überlassen, „öffentlich ein Urteil allgemeinen Charakters über die Eigenart freimaurerischer Vereinigungen abzugeben, die die Aufhebung der genannten Normen einschließen würde“.

Liest man einfach den Wortlaut, ohne den Referenzrahmen zu beachten, so

kann man tatsächlich den Eindruck gewinnen, die Erklärung beabsichtige nichts anderes, als die Bischofskonferenzen, die in den letzten Jahren mehr oder weniger weitherzige Erklärungen über das Verhältnis der Kirche zu den Freimaurern abgegeben haben, zur Ordnung zu rufen und alle denkbaren weiteren Entwicklungen abzublocken. In der Erklärung wird zwar vermerkt, man interpretiere damit nur den Brief von Kardinal Šeper vom 19. Juli 1974 an ca. 20 Bischofskonferenzen und wolle möglichen Bestimmungen des neuen Codex nicht vorgehen. Aber wurde der Brief von Šeper hier nicht doch äußerst restriktiv interpretiert und damit ein Stück weit zurückgenommen? Und warum sollten die geltenden Canones gerade jetzt bekräftigt werden, wo die Veröffentlichung des neuen Codex bereits abzusehen ist? Konnte vom neuen Codex wirklich etwas anderes erwartet werden, als was jetzt nochmals eingeschärft wurde?

Der Text war zumindest mißverständlich. Zu dieser Meinung kam anhand des Presseechos, das besonders in Italien relativ heftig ausfiel, offensichtlich auch die Glaubenskongregation selbst. Denn bereits in der Nummer vom 21. März der „Civiltà Cattolica“ folgte ein von Giovanni Caprile SJ gezeichneter, aber von offizieller vatikanischer Stelle autorisierter interpretie-